

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 10,000. — NL Anzeigenpreis: Die 6 gepaarte Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 200 000 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 300 000 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung: Geschäftsstelle, Duisburg, Stoppelstr. 17, Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag abends 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 40/41

Duisburg, Anfang Oktober 1923

24. Jahrgang

Was soll werden?

Die Ruhraktion ist zu Ende. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, wir haben bedingungslos kapituliert. Wir müssen den Mut haben, deshalb rücksichtslos der Tatsache ins Auge zu sehen, daß der Gegner uns keine Forderungen in dem Maße aufzwingen wird, das lediglich begrenzt wird durch sein eigenes Interesse. Das, was der Gegner beim Unterschreiben des Verfallenen Friedensvertrages von uns verlangte, nämlich ein belotenschnelles zu füllen, ein Schicksal, gegen das wir uns mit letzter Anstrengung noch einmal im Ruhestampf wehren wollten, steht nun vor uns.

Wir stehen vor einem wirtschaftlichen und politischen Trümmerfeld, das in seinem Ausmaß viel größer und einschneidender ist, als im Jahre 1918. Es hat aber keinen Zweck, in den beliebigen deutschen Fehler zu verfallen, gegenseitig Schuldzuweisungen zu machen und darüber das Hauptziel, die Wiederaufrichtung von Wirtschaft und Volk zu vergessen. Gewinnbringend haben alle Kapitalisten und Nichtkapitalisten, Banken, Industrie und Handel, Unternehmertum und Arbeiterchaft, vor allem aber die politischen Parteien, deren Parteigoßmuts das schlimmste Krebsulcer und das größte Hindernis für eine wirksame Gesundung ist.

Wenn wir auch in tiefster Not und größtes Elend hineingeraten und wenn selbst mit der Möglichkeit der politischen Vorentscheidung einiger Gebiete vom Reich gerechnet werden muß, so ist nur wer sich selbst aufgibt, der ist verlassen, nur wer an sich selbst verzweifelt, an dem verzweifelt auch die Welt. Aber wir wollen leben, und nichts soll unseren deutschen Herrschaftsstand lassen.

Es ist uns kaum mehr geblieben als unser Land, unsere Arbeitskraft und unser Arbeitswille. Wir stehen als Arbeiter und Gewerkschaftler vor vollkommen neuen Situationen. Die Wirtschaft ist vollständig aus dem Gleise geraten und es gilt sie wieder in Gang zu bringen. Die Wiederaufnahme der Arbeit im bestmöglichen Gebiet ist eine der zunächst liegenden Aufgaben der Gewerkschaften, die infolge der politischen Verhältnisse große Schwierigkeiten begegnen dürfte. Wir werden vorübergehend mit geringer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, und es sind daher alle Quellen zu öffnen, um die Erwerbslosen über Wasser zu halten. Staat und Kommunen müssen Möglichkeiten zur produktiven Erwerbslosenfürsorge bereit halten.

Vor allen Dingen liegt heute an der Arbeiterchaft, sich nicht durch politische Desperados, wie die Kommunisten, die heute merkwürdigerweise gegen die Aufhebung des passiven Widerstandes sind, und die Sozialisten und Unionisten, die an der Seite der Separatisten zu finden sind, irren lassen zu lassen.

Bedeutender als diese erste Aufgabe der Gewerkschaften ist die Frage des Wiederaufbaus. Wirtschaftsführung und Arbeiterchaft wird sich in vielen Teilen innerlich umstellen müssen. Die deutsche Wirtschaftsführung hat — das mußte selbst das Hauptorgan des Herrn Sinnes zugeben — in den Nachkriegsjahren nicht mehr volkswirtschaftlich, sondern rein kaufmännisch gehandelt. Der augenblickliche Erfolg und der momentane Gewinn galt mehr als die Arbeit für die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes. Man parierte an modernen Maschinen, weil man — im Verhältnis zum Produktionspreis — billige Arbeitskräfte zur Verfügung hatte. So konnte es kommen, daß selbst junge Industrieländer wie Italien uns im Bau gewisser Maschinen den Rang ablauen konnten. Auf dem Weltmarkt entscheidet aber auf die Dauer die Qualität und nicht der Preis, das schien man in vielen Kreisen der Industrie vergessen zu haben. Das Kapitel der sogenannten „unproduktiven“ Kräfte gehört auch hierhin, die keine Folge des Nachkriegstages waren, sondern einen Mangel an organisatorischer Durcharbeit des Betriebes darstellten. Für den Augenblick möchten sie sich scheinbar rentieren, je weiter wir aber in wirtschaftliche Höhe hineinkommen, um so mehr erweitern sie sich als ein Ballast. Die darniederliegende deutsche Wirtschaft erlaubt sich nach dieser Seite hin viel mehr als z. B. die mitten in der Hochproduktion stehende amerikanische Industrie. Da wäre ein Punkt für das Tagelohnsystem, wo es vernünftiger einsehen könnte, als bei manchen kleinsten Quenegeleien, die einem schaffenden und tüchtigen Arbeiter ein Grauel sind.

Aber auch die Arbeiterchaft muß sich heute voll auf ihrer Pflichten bemußt sein. Es hat keinen Zweck, soziet zu malen, wie es trotz allem das Stiefenpferd der Parteipolitiker ist. Dafür tragen wir als Gewerkschaftler, eine zu große Verantwortung. Wir sind deshalb als z. B. so betarnt, weil wir keine Waren mehr haben. Waren aber entstehen nicht durch radikale Meben, durch Steuern oder durch eine neue Währung. Waren entstehen nur durch Arbeit. Wer mehr Güter erzeugt, wer Waren aller Art, für Nahrung, Wohnung, Kleidung, Exportware, alles das muß in riesigem Umfange herbeigeholt werden. Der Markt regelt sich nach Angebot und Nachfrage. Je härter die Nachfrage nach Gütern ist und je weniger Waren vorhanden sind, um so mehr schnell der Preis in die Höhe. Durch die Unterproduktion der letzten vier Jahre ist zwar auch die deutsche Wirtschaft insgesamt, am meisten aber die Arbeiterchaft geschädigt worden, denn sie konnte die Preise für die Produkte nicht mehr bezahlen. Ja, wäre früher die achtstündige Arbeitszeit intensiv ausgenutzt, wäre wirklich acht Stunden gearbeitet worden, hätte sich vielmehr erreichen lassen. Leider müssen sich große Teile der Arbeiterchaft das bittere Zeugnis ausstellen lassen, daß das nicht geschah ist. Radikalismus, Schländrian, Demonstrationen haben Millionen Arbeitsstunden der deutschen Wirtschaft geraubt. Auch die Arbeiterchaft wird wissen, daß ohne höchste Intensivierung und Anspannung der Kräfte und höchstmögliche Produktionssteigerung unsere Wirtschaft nicht wieder in Gang kommen kann.

Der Aufbau kann nur geschehen bei Wiederbelebung des Willens und der Schaffensfreude. Das ist nur möglich, indem nach Leistung und Verdienst entlohnt wird. Das soll keinen Abbau der Sozialzulagen bedeuten, aber die Grundlage für die Entlohnung muß die Leistung sein, die bei dem heutigen Lohnsystem viel zu wenig gewürdigt wird. Wir kommen nur durch Qualitätsarbeit wieder hoch. Wie soll das aber möglich sein, wenn man dem Qualitätsarbeiter nicht den notwendigen Anreiz zu seiner Arbeit schafft, der doch nur in seiner Entlohnung zum Ausdruck kommen kann? Schon heute zeigt der Rückgang an Qualitätsarbeitern, daß wir uns in einer volkswirtschaftlich durchaus gefährlichen Richtung bewegen.

Augenblicklich punkt wieder der Gedanke, daß mit der Sozialisierung unsere deutsche Wirtschaft gerettet werden könnte. Zum mindesten wäre sie nicht so tief gesunken. Man muß sich wundern, daß selbst ernt sein wollende Kräfte, wie die „Metallarbeiterzeitung“ einen solchen Schläger wieder aufwirft und da-

mit Hoffnungen erweckt, die absolut nicht erfüllt werden können. Vor allen Dingen muß vor der Ueberhöhung der angeblich kleinen werteschöpfenden Handarbeit gewarnt werden, wozu die „Metallarbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer ihre Leser anreizt. Man sollte sich doch hüten, in dieser Zeit die Volksmeinung noch mehr zu unnebeln und ihr glauben zu machen, sie würde den Laden schon schmeißen, wenn sie mal ans Ruber läme. Nichts wäre verkehrter, als aus Furcht vor dem Radikalismus diesem Zustandnisse zu machen. Jedweder Radikalismus, ob er sich schamlos macherisch gebärdet oder in linksradikaler Sabotage macht, ist härtester Druck entgegenzusetzen.

Das Wichtigste für die Arbeiterchaft ist aber die Erhaltung der Schlagkraft der Gewerkschaften. Die Politik kann uns papierne Rechte geben, wenn aber die Arbeiterrechte nicht durch starke und vernünftig geleitete Gewerkschaften geschützt werden, sind die Arbeiterrechte nur ein Hausen Spreu. Wir sehen jetzt vor der Zeit größter Kämpfe um die Freiheit der Arbeiterchaft. Scharf-macherische Kreise wittern Morgenluft. Da kann nur die Gewerkschaftsbewegung Stärke und Rückhalt der Arbeiterchaft sein. Heute gilt vor allen Dingen pünktliche Pflichterfüllung. Wenn der Verband geschwächt wird durch die Gleichgültigkeit der Mitglieder, dann soll sich die Metallarbeiterchaft nicht beklagen, sondern dann hat sie sich die Konsequenzen selbst zuzuschreiben. Kollegen gerade jetzt zeigt eure Treue gegenüber unserem Verband.

Arbeitsdienstpflichtjahr

Bereits im Jahre 1920 wurde von der Notwendigkeit einer gesetzlichen Arbeitspflicht für alle arbeitsfähigen, jungen Leute in Deutschland geredet. Der Plan an und für sich war gesund. Jeder junge Deutsche sollte ein Jahr dem Vaterland dienen durch seiner Hände Arbeit. So hätte vieles geleistet werden können, wäre vieles vermieden worden. Wir hatten nahrungsbereitende Arbeit in Höhe und Fülle. Es konnten Debländerereien unter sachkundiger Leitung kultiviert und dadurch die so knapp gewordene landwirtschaftliche Nahrungslage vermehrt werden. Es konnten Wasserstraßen ausgebaut, Verkehrswege verbessert werden. Die Kosten für alle diese Arbeiten, zu der alle arbeitsfähigen jungen Leute herangezogen werden müßten, hätten sich überreich gelohnt. Neben dem praktischen Ertrag dieser Arbeit, der nicht nur in der billigen Erledigung der angebotenen Arbeit, sondern darüber hinaus auch in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit bestanden hätte, wäre auch ein gutes Erziehungsmittel für unsere Jugend praktiziert worden, das gerade in der heutigen Jugend heilsame Wirkungen hätte zeitigen können. In anderen Ländern, so z. B. Bulgarien, ist diese Arbeitspflicht eingeführt worden. Bei uns indes wurde der ganze Plan zerfallen durch den Egoismus industrieller Kreise, die eine Befähigung der Arbeitspflichtigen in ihren Betrieben verlangten. Jetzt kommt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ auf diesen Plan der Arbeitsdienstpflicht zurück. Sie schreibt in einem Artikel: „Kommt das Reichsarbeitsjahr noch nicht?“ in Nr. 215 u. a. folgendes:

„Lassen wir doch ein Jahr lang eine Million junger kräftiger Leute Häuser bauen! Eine andere Million kann Kanäle, Straßen, Eisenbahnen bauen, Land entwässern oder entmooren, Siedlungen aufbauen, Kohlen waschen, Feld bestellen, Ernte bergen. Die Hausarbeit kann vorübergehend sein, aber Bergbau, Landbau und Verkehrsdienst muß bleibend sein als nationaler Dienstpflicht. Alle jungen Männer von 20 bis 21 Jahren, ohne Unterschied des Standes, müssen dazu herangezogen werden, wie sie früher ein Jahr dem Dienst mit der Waffe opfereten. Die Bezahlung darf von keinem Tarif geregelt werden, sondern darf nur in Bekleidung und Beköstigung bestehen.“

Hier stoßen wir wieder auf jenen Egoismus industrieller Kreise, der schon einmal den ganzen Plan zum Scheitern brachte. Es wird und kann nichts aus der Sache werden, wenn irgendwelche Privatreise die Nahrungslage daraus hätten und aus billigen Arbeitskräften Honig zu saugen in der Lage wären. Nein, so geht es nicht. Nur dann können wir dem Plan zustimmen, wenn die zu leistende Arbeit dem Reich direkt und damit der Volksgesamtheit zugute kommt. Für Lohnrückstellungen darf das Arbeitsdienstjahr nicht in Betracht kommen; denn dazu käme es, wenn die eingeleiteten Kräfte in Industrie oder Landwirtschaft verwendet würden.

An den Löhnen liegt es nicht

Augenblicklich geht wieder eine Welle des Unmutes über die „hohen Löhne“ der Arbeiterchaft durch weite Schichten des Volkes. Das augenblickliche, wirtschaftliche Unvermögen, die teuren Preise zu zahlen, werden ohne lange zu überlegen auf das Konto der Löhne geschrieben. Jeder Geschäftsmann erklärt seinem Kunden sehr bereitwillig jedesmal, wenn die Löhne wieder einmal „gestiegen“ sind, aber er hütet sich sorgfältig zu sagen, wieviel Prozent er eigentlich draufgeschlagen hat. Im allgemeinen Konzentrat kann natürlich die „Bergwerkszeitung“ nicht fehlen, in der ein Studientrat (!) über Preise und Löhne schreibt und den Urgrund des wirtschaftlichen Rückgangs in den wichtigsten Lohnsteigerungen sieht. In einer anderen Stelle schreibt die „Bergwerkszeitung“, daß zur Wirtschaftsgeldung der „nächstliegende Weg über die Herabsetzung der absoluten Lohnhöhe“ führt. Der Zusammenhang der Ruhraktion wird von mancher Seite als Ursache angesehen, gegen die Arbeiterrechte vorzugehen und unter dem Deckmantel der Wirtschaftsaufrichtung sozialpolitische und arbeitsrechtliche Erregungsaufreger außer Kurs zu setzen.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse ganz anders. Für den Preis eines Produktes ist die absolute Lohnhöhe nicht ausschlaggebend, sondern in welchem Verhältnis der Lohn zu den Herstellungskosten oder zum Gesamtpreis steht. So kann z. B. ein absolut hoher Lohn nur ein ganz geringer Teil des Gesamtpreises sein und nicht erheblich ins Gewicht fallen.

Das wird aber heute vielfach übersehen. Der Lohnanteil am Produkt ist seit dem Krieg immer mehr zurückgegangen; betrug er z. B. an einer Tonne Kohlen 1913 noch 15 Prozent, so beträgt er heute nur noch 4, höchstens 5 Prozent. Wer uns liegen die

Zahlen eines größeren Hüttenwerkes, das zu einem der ersten deutschen Konzerns gehört, und zwar auf der Preisgrundlage vom 18. Mai, einer Zeit, wo auch die Arbeiterlöhne relativ noch günstig standen und bei weitem nicht verglichen werden können mit den stark zurückgebliebenen Löhnen der Monate August und September, in denen die Preise für Eisenprodukte ungeheuer in die Höhe schossen, so daß in verschiedenen Wochen der Lohnanteil am Produkt 1,5, höchstens aber 2 Prozent betrug. Die Zahlen des oben gekennzeichneten Hüttenwerkes sind für die Rohproduktverhältnisse von allerhöchstem Interesse:

Pro 1000 Mio. Stahlpreis am 16. Mai	1 001 000 Mark
Gefestigungskosten	844 678 Mark
Reingewinn	156 422 Mark
Lohnanteil	88 749 Mark
Anteil des Lohnes an den Gefestigungskosten	4,50 Prozent
Anteil des Lohnes am Preis	3,87 Prozent
Anteil des Reingewinnes an den Gefestigungs-	
kosten	18,3 Prozent
Anteil des Reingewinnes am Preis	15,5 Prozent

Es wird kein Mensch im Ernst behaupten wollen, daß ein Lohnanteil von 3,8 Prozent am Gesamtpreis ein ausschlaggebender Faktor sei, wo der Anteil des Reingewinnes am Preis allein das das Umfange des Lohnanteiles ausmacht.

Wir wollen es noch an einem anderen Beispiel zeigen. Der Jahresdurchschnittslohn in der Nordwestgruppe der Hütten- und Walzwarenindustrie betrug 1918 1800 Mark oder 150 Mark im Monat. Für diese 150 Mark war es möglich, 1,5 Tonne Stahl zu kaufen. Heute kosten 1,5 Tonne Stahl 300 Goldmark. Um diese kaufen zu können, müßte der Durchschnittslohn im im September nach dem Goldmarkpreis vom 26. September (40 Millionen) 14,4 Milliarden Mark betragen. Und wie hoch ist der Lohn?

Der Lohn bestimmt heute den Preis nicht mehr, sondern der sogenannte Erwerbsfaktor, der in Rechnung gestellt wird und der jeden Preis geradezu exorbitant in die Höhe treibt. Die Schwierigkeit der Kalkulation verleiht heute fast jeden Geschäftsmann, Preise zu nehmen, die überhaupt in keinem Verhältnis mehr zu dem tatsächlichen Werte des Objektes stehen. Die Berechnungen macht man höchst einfach. Man legt für alles und jedes Goldwährung und dazu meistens 200 oder 300 u. S. Aufschlag ein. Eine uns vorliegende Rechnung für eine Stunde Arbeitslohn eines Installateurs, der lediglich das Telefon nachschaltete, also kein Material gebrauchte, beträgt 1,25 Goldmark. In der gleichen Zeit erhielt der Installateur etwa 32 Goldpfennige Stundelohn. Man legt kreuzförmig für den Arbeiter Goldmarklohn in Rechnung, zu dem man überhaupt noch nicht gekommen ist, und schlägt dann noch etwa 400 Prozent drauf für „Aufkosten“. Ungewöhnliche glauben natürlich die 1,25 Goldmark je zum größten Teil Arbeitslohn und schimpfen über die hohen Löhne.

Die deutsche Wirtschaft hat sich in Preisberechnung hinein gerannt, die eines Tages jämmerlich zusammenbrechen muß. Heute schon stehen wir in einer Konsumkrise allerweitesten Ausmaßes, die ihren Grund in den willkürlich emporgeschobenen und durch keinen Dollartand bedingten Preisen hat. Nein, heute ist es mehr denn je der Fall: Erst Preisabbau, und zwar gründlicher Preisabbau, und dann läßt sich vielleicht darüber verhandeln, ob die absolute Höhe der Löhne etwas geneigt werden kann. Bevor jedoch das erste nicht in weitestem Umfange geschehen ist, läßt sich von dem zweiten überhaupt nicht reden.

Eine andere Frage ist die, wie es möglich sein könnte, daß der Lohnanteil am Produkt auf einen verschwindenden Bruchteil hinabsinken könnte. Darauf könnte sich die Arbeiterchaft selbst die Antwort geben. Wenn eine Gruppe glaubt, durch Gleichgültigkeit, Trägheit, wilde Streiks, Prügeleien und Reimegeleien Einfluß auf die Lohngestaltung zu gewinnen, so ist sie gewaltig im Irrtum. Es ist die Schuld der deutschen Arbeiterchaft, die ihren Organisationen nicht das gab, was ihnen zuzum, wenn der Anteil des Lohnes am Produkt immer zurückgeblieben ist. Saft und Kraft großer Organisationen ist durch Prügeleien vergeudet worden. Die Konsequenz hat die Arbeiterchaft selbst zu tragen. Nur eine zielbewusste, energiegelade und vernünftige Gewerkschaftsarbeit kann den Kollegen den ihnen wirklich zuzehenden Lohn erringen.

Jetzt kommt das Einsehen.

Wenn sich heute denkende Sozialisten die sozialistische Arbeiterbewegung ansehen, dann schütteln sie selbst den Kopf über die Gleichgültigkeit, die Härte und Kampfstimmung der Genossen untereinander, vor allen Dingen auch darüber, daß man nirgendwo so wenig die Arbeiterinteressen wahrnimmt, als im sozialistischen Lager. Parteipolitik hat dort die Gewerkschaftspolitik unterdrückt. Die Konsequenzen zeigen sich im weitesten Umfange. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialistischen Partei, singt folgendes Klagegedicht darüber:

Als nach dem Kriege die Organisationen mit neuen Mitgliedern plötzlich überflutet wurden, war für die Gewerkschaften zumal keine Zeit und Gelegenheit, diesen Zuwachs zu schulen. Ihre Tätigkeit wurde voll auf in Anspruch genommen durch Lohnbewegungen. Die Gewerkschaftsarbeit schränkte mehr und mehr ihren Umfang ein, die Parteipresse wurde vielen zu teuer, und erst recht die Parteiliteratur. Selbst kleine Broschüren und Flugblätter können kaum noch herausgegeben werden. Offenbar hat auch das Interesse an Belehrung erheblich nachgelassen; es fehlt in der heutigen aufgeregten Zeit die Ruhe dazu. Unter normalen Verhältnissen müßte die Einführung des Achtstundentages einen gewaltigen Antriebs zu geistiger Regsamkeit bilden, der heute leider fehlt. In der gegenwärtigen Situation wäre eine richtige kritische Würdigung und Beurteilung der Dinge, die eine einheitliche Stellungnahme und ein einheitliches Vorgehen ermöglichen, notwendig, denn je. Doch sie fehlt. Die große Masse der Arbeiterchaft kennt sich in den Dingen nicht mehr aus. Viele betrachten die Gewerkschaften als einen Automaten, in den man keine Beiträge steckt, um sofort die erhofften Verbesserungen herausfallen zu lassen. Funktioniert der Apparat nicht, bräuche man nur einmal zu schimpfen und zu schütteln.

Statt der ruhigen, leichten und planmäßigen Gewerkschaftsarbeit, die uns Schritt um Schritt voranbringt — so sagt der „Vorwärts“ — werde mehr und mehr die Politik der Gewalt proklamiert. Die Arbeiter irren aber sehr, wenn sie glauben, daß eine Politik der Radikalität irgendwelche dauernden Erfolge bringen werde. Nur die Vernunft führt zum Ziel.

Was der „Vorwärts“ hier sagt, kann Wort für Wort unterchieden werden. Das hätte man aber der sozialistischen Arbeiterpartei schon vor zwanzig und mehr Jahren einprägen sollen, aber damals machte gerade auch der „Vorwärts“ und mit ihm die sozialistische Partei, und Gewerkschaftsbewegung in Radikalismus. Die Fiktion jener „Arbeit“ hat heute erschreckend aufgegangen. Der Sozialismus marxistischer Färbung ist eben unfähig, wirkliche innere Werte zu schaffen, das vermag allein das Christentum, auf dessen Boden auch die christlichen Gewerkschaften stehen.

Eine geborstene kommunistische Säule

Sie ist nicht die erste im sozialistischen Metallarbeiterverband und wird auch nicht die letzte sein. Solange Keimzellen und Radikalismus sich in den Ortsverwaltungen des sozialistischen Metallarbeiterverbandes ausbreiten, werden solche Nummern, wie der Essener Bevollmächtigte Paratenings, nicht aussterben. Paratenings wurde durch moskowitzische Einflüsse auf die Essener Beschlüsse herbeigeführt. Da er nun überstand — warum, weswegen, ist nicht eindeutig sichtbar — mußte er die Ortsverwaltung Essen des sozialistischen Metallarbeiterverbandes leiten, zumal sich der Chef des Großen Hauptquartiers Rißkat bei Lohnverhandlungen stets heimlich still und leise seitwärts in die Büsche schlug. Ob selbiger nun in revolutionärem Ueberdruß es ablehnte, sich mit „blutlaugenden Arbeitgebern“ an einen Tisch zu setzen, oder ob er Tarife und Zahlen nicht gut behalten konnte, wollen wir nicht unteruchen, sicher ist, sein Kampfgenosse Paratenings mußte in Verhandlungen das sozialistische Licht leuchten lassen. Und das war danach. Ohne Zweifel hat jenes Verbot im Oktober vorigen Jahres einen Teil der Kruppischen Arbeiter gewissenlos und gegen jede gewerkschaftliche Regel in einen ausichtslosen Streik geführt. Nur die erschreckende Haltung unseres Christl. Metallarbeiterverbandes hat damals unabsehbare Schäden für die Arbeiterschaft verhütet. Aber ein „waderer“ Mann wie Paratenings ruht nicht auf einer Lorbeere. Man mußte doch „leiten“.

Und so „leitete“ Paratenings, Revolutionär und Kommunist, die Besetzung eines Konfliktes bei der Firma Goldschmidt in Essen vor einigen Wochen, wo die revolutionäre Kommission ein de- und wehmütiges Gnadengelehen an die Firma richtete, worauf diese im Bewußtsein ihres Sieges folgenden Anschlag machte, mit dem der Kommunist Paratenings ebenfalls einverstanden war:

„Die Teilnehmer an der getriggen Mittagsversammlung auf dem Fabrihof erhalten für die Zeit von 11.30 bis 2 Uhr keinen Lohn für die heutige Schicht erhalten sie den Lohn als Vorbehalt, der als abgegolten betrachtet wird, wenn die Teilnehmer während einer Bewährungsfrist von vier Wochen ab heute sich einwandfrei im Sinne des Absatzes 4 des heutigen Abkommens benommen haben.“

Alle übrigen Arbeiter erhalten den vollen Lohn für die in die Zeit der Betriebsstörung fallende Schicht. Essen, den 17. August 1923. (Unterschrift.)

Wegen dieser wunderbaren Strategie wurde Paratenings von der sozialistischen Essener „Arbeiterzeitung“ angegriffen, worauf sich der Herr Bevollmächtigte folgendermaßen verteidigte:

Entscheidung: Die am 26. August tagende Belegschaftsversammlung der Firma Theodor Goldschmidt nimmt Stellung zu dem Artikel der „Arbeiterzeitung“ vom 25. August 1923: „Theorie und Praxis“. Die Versammlung erkennt an, daß nach Lage der Verhältnisse nicht mehr als die Einstellung des gemäßigtesten Kollegen Schleich und die Bezahlung des Ausperrungstages zu erreichen war. Auch verurteilt die Versammlung auf das schärfste die demagogische Schreibweise der Essener Arbeiterzeitung. (Unterschriften.)

Am Freitag. Die Versammlung spricht erneut der gesamten Verhandlungskommission ihr Vertrauen aus. Und nun kommt der Höhepunkt des Dramas. Am gleichen Tage, da sich Herr Paratenings noch von der Belegschaft beschimpft sah, daß er recht gehandelt habe, gibt das kommunistische „Ruhrgesetz“ (man halte sich am Stuhl fest) folgendes bekannt:

Unterkommunistische Gewerkschaftspolitik. Mit der Firma Goldschmidt in Essen wurde am 17. August zwecks Wiedereinstellung eines Gemäßigten verhandelt. Es wurde folgendes unmögliche Abkommen getroffen: (Es folgt das Abkommen).

Das Schämmerdick bei dieser Angelegenheit ist, daß kommunistische Verbandsfunktionäre dieses Abkommen unterzeichnet haben. Die Bezirksleitung der R.F. Ruhrgebiet hat sich am 27. August mit dieser Angelegenheit befaßt. Genosse Paratenings

als einer der Unterzeichner des Abkommens gab folgende Erklärung ab:

Erklärung des Genossen Paratenings. Die mit der Firma Goldschmidt, Essen, am 17. August getroffene Vereinbarung über die Zurücknahme der Maßregelung eines Arbeiters und Zurücknahme der Gesamtschuld bezieht sich nicht auf die von mir unterzeichneten Form nicht den Interessen der Arbeiterklasse.

Ich erkläre, daß die Unterzeichnung des Abkommens durch mich und die anderen Genossen ein Fehler ist. Essen, den 28. August 1923.

(Unterschrift.) gen. W. Paratenings. Also durch Rührtritte der eigenen Parteiblonzen muß Paratenings bekennen, was ein wunderbarer „Leiter“ er ist. Und von solchen traurigen Heiden lassen sich Arbeiter noch wasführen. Paratenings ist zwar nicht die erste geborstene Säule im roten Metallarbeiterverband, aber er ist immerhin ein bemerkenswertes „Prachtexemplar“. Unsere Kollegen erleben aus dem oben angeführten wieder, wohin kommunistische Führung die Arbeiterschaft bringt.

Wille und Ordnung

Sei nicht eine Wind- und Wetterfahne! Und sang nicht immer Neues an! Was du nicht wohl hast vorgelesen! Dabei beharre bis zuletzt! Robert Reinick.

Gebraucht der Zeit, sie geht so schnell von hinnen! Doch Ordnung lehrt auch Zeit gewinnen. Goethe.

Rundblick

Führend im Lohnabbau

Sind neben manchen Arbeitgebern besonders die Kommunisten. Sie versprechen zwar den Arbeitern goldene Berge, aber bei ihrer notorischen Unfähigkeit werden sie stets von den Arbeitgebern über Ohr gehauen. Lohnverhandlungen macht man eben nicht mit Redebild, sondern mit Kenntnis der Tatsachen. Und daran fehlt es den Kommunisten. Belege dafür bietet der sozialist. Textilarbeiter (Nr. 23) der Tischgeschlosswerke, das Organ der nicht unter kommunistischer Leitung stehenden Union der Textilarbeiter, während die Kommunisten ihre eigene oppositionelle Organisation haben. Ueber die kommunistischen „Erfolge“ schreibt das Blatt:

„Die Kommunisten, welche überall für ihre Mitglieder bedeutend mehr die Löhne abbauen, der Unternehmer Konzeptionen machen, in Lohnabbau einfließen, ohne daß der Vertrag gekündigt wird, wollten den Arbeitern vielleicht zeigen, wie man kommunistische Verträge abschließt. Auf dem ganzen Gebiet verweisen die Unternehmer auf die kommunistischen Verträge, in denen die Akordsätze bedeutend niedriger sind, als wie nach den Verträgen, welche die Union abgeschlossen hat, und worauf die Unternehmer noch besonders verweisen, auch das Dreifachsystem genehmigt wird. In Friedland, wo die Arbeiter der kommunistischen Organisation angeschlossen sind, sind die Löhne so niedrig, daß die Unternehmer in Dittböhmen den Zulagevertrag gekündigt haben, weil sie dieselben Löhne verlangen, wie in den kommunistischen Konkurrenzbetrieben, und so sollten auch die Arbeiter von Dittböhmen einer kommunistischen Organisation zugeführt werden, welche den Unternehmern jede Forderung bewilligen muß.“

So ist es aber nicht nur in der Tischgeschlosswerke, sondern an allen jenen Orten, wo die Kommunisten „revolutionäre“ Lohnverhandlungen machen. Die Arbeiter sind jedesmal die Dummen dabei. Trotzdem gibt es noch immer Arbeiter, die zufrieden sind, wenn sie vom Kommunismus gleichsam getrieben werden.

Revolutionenmilionen.

Daß die ungeliebte deutsche Revolution Unsummen Geldes zu ihrer planmäßigen Vorbereitung und Durchführung veranlagen hat, haben viele Kreise des deutschen Volkes, denen das Märchen von der explosiven Aufwallung der deutschen Volkseele nicht imponierte, längst begriffen. Mit der Zeit scheint sich der Scheiterhaufen von manchen Revolutionengeheimnissen doch mehr zu lüften, als den Drahtziehern der Novemberrevolution lieb sein mag. So wurde vor einiger Zeit durch die Presse die Nachricht verbreitet, daß dem Führer der bayerischen Revolution, Kurt Eisner ungefähre Geldmittel zur Belebung des revolutionären Gedankens und zur Finanzierung der Revolution zur Verfügung gestanden hätten. Daraufhin hatte sich die bayerische sozialdemokratische Landtagsfraktion mit einer Anfrage an die kaiserliche Regierung gewandt, auf die Ministerpräsident von Knilling jetzt folgende bezeichnende Antwort erteilte:

„In den Akten des Staatsministeriums des Außenwerts hat sich aus der Zeit der Ministerpräsidentenschaft Eisners eine große

Zahl von Tagesordnungen der damals abgehaltenen Ministerkonferenzen gefunden. Auf der Tagesordnung vom 18. November 1918 steht als erster Punkt Liquidation. Als Beilage war eine Zusammenstellung über Stückzahl und Summe der vom 25. September bis 16. November 1918 ausgegebenen Scheids beigefügt. Aus dem dieser Antwort des Ministerpräsidenten beigegebenen Verzeichnis ergibt sich, daß die erwähnten Scheids sich auf rund 165 Millionen Mark, aber wohlverstandenen Goldmark und keine Papiermark, beziffert haben.“

Also zur Organisation und Durchführung jener Tat, die dem deutschen Volk letzten Endes nur Glend und Not brachte, deren Folgewirkung schließlich noch als brüderliches Bleigewicht an den Füßen der lebenden deutschen Generation hängt, wurden in knapp 2 Monaten 165 Millionen Goldmark verpulvert. Was das bedeutet, kann man ermessen, wenn man diese Summe in Papiermark umrechnet. Nach dem gegenwärtigen Dollarkurs von 160 Millionen Mark beläuft sich die Papiermarksumme des Eisnerischen Revolutionsfonds auf 6 600 000 000 000 Mark oder in Worten ausgedrückt auf sechs Milliarden, 600 Billionen Mark. Die ganze Wucht dieser Zahl drängt sich erst dann auf, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die schwebende Gesamtschuld des deutschen Reiches am 19. 9. 1923 2 380 727 800 600 000 Mark beträgt. Der Eisnerische Fonds hätte also genügt, um die schwebende Schuld des gesamten deutschen Reiches fast drei Mal zu tilgen.

Zwei Momente werden durch die Enthüllung des bayerischen Ministerpräsidenten gewissermaßen in den Vordergrund getrieben. Das eine ist die Beleuchtung der Tatsache, daß es sich bei der Novemberrevolution 1918 nicht, wie die Sozialdemokratie so gerne zu behaupten pflegt, um eine explosive Aufwallung der deutschen Volksseele handelte, sondern daß sie planmäßig und in größtmöglicher Weise künstlich gemacht wurde. Zum anderen geht daraus hervor, daß starke kapitalistische Kräfte hinter den Drahtziehern der „deutschen“ Revolution standen und bereitwillig gewaltige Mittel opferten, um Deutschland durch Deutsche in den Abgrund zu zwingen. Hoffentlich bringt die Zeit auch bezüglich der trüben Quellen dieses Revolutionsgeldstroms Klarheit. Wir vermuten, daß Moskau dahinter steckt, um die deutschen Mittel zu Wegbereitern der Weltrevolution zu mißbrauchen. In diesem Zusammenhang wird auch die in manchen Kreisen so beliebte These von den „Segnungen der glänzenden Revolution“ verständlicher.

Lügen ist eine Notwendigkeit

für die Kommunisten. Darauf ist ihr ganzer Kampf und sind ihre Kampfmittel eingestell. Mit rücksichtsloser Brutalität zieht sich selbst die „rote Fahne“ die Maske von ihrem heuchlerischen, von Arbeiterfreundlichkeit tiefenden Gesicht, indem sie schreibt:

„Die Kommunisten lügen nicht. Sie lügen nie. Denn die Lüge als bewußtes Kampfmittel benutzen, wie es die Kommunisten in den Tageszeitungen tun, ist keine Lüge, sondern eine verflucht reale Notwendigkeit. Die Lüge beginnt erst beim Selbstbetrug.“

Nun weiß die Arbeiterschaft, woran sie ist. Menschen, die sich offen drücken, daß für sie die Lüge eine „verflucht reale Notwendigkeit“ ist und die dann kommen, um die Arbeiterschaft in das kommunistische Edenparadies zu führen, denen sollte die Arbeiterschaft energilich zeigen, wo Bartel den Mist holt.

Bekanntmachungen

Am Sonntag, 14. Oktober, ist der 41., und am 21. Oktober der 42. Wochenarbeitstag fällig.

Briefkasten

Siegen, Beldorf und andere. Ihr habt recht. Das bei der bekannten Kruppaffäre verurteilte Betriebsratsmitglied Müller ist Mitglied unseres Christl. Metallarbeiterverbandes. Vom sozialistischen Metallarbeiterverband ist kein Betriebsratsmitglied verurteilt worden.

P. St., Alshausen. Deine Ansicht, daß Du wegen Deines freiwirtschaftlichen Standpunktes an der Scheide der Geister ständest, ist zum mindesten etwas weit gegriffen. So tragisch ist die Geschichte nicht. Die „Deutsche Arbeit“ bestellst Du am besten sofort beim Verlag Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Berlin, Kaiser-Wilhelm-Allee 25.

An Kassenhelfer. Ihre Einsendungen mußten wegen Platzmangel zurückgeschickt werden. Überdruß. Die Verbandsorgane sind stets pünktlich an eure Ortsgruppen abgegangen. Reklamieren sofort bei eurem Postamt und meldet uns, welche Zeitungen fehlen.

Bedenkt, daß heute Zeit Geld ist. Die einfachsten Beiträge müssen sofort der Zentrale übermittelt werden. Keine Mark darf in den Ortsverwaltungen länger als unbedingt notwendig bleiben.

Pünktliches Einbringen bedeutet bei der rasenden Entwertung Milliardenverdienst; unpünktliches Einbringen Milliardenverlust. Manche Ortsgruppen, selbst solche mit Beamten, haben das aufsehend noch nicht begriffen. Pünktlichkeit ist oberste Pflicht jeder Ortsverwaltung.

Wirtschaftsbilder aus deutscher Vergangenheit

IV.

Die Kirche als Kulturträgerin. — Der deutsche Mensch und die deutsche Wirtschaft. Von Georg Steinhilber.

Ein bedeutendes Verdienst in humaner Richtung hat die Kirche sodann bezüglich der Besserung der Stellung der Unteren. Die eigentliche Sklaverei ist gerade durch ihre Bestrebungen allmählich beseitigt worden. Die Kirche hat überall die Freilassung gefördert, entlassenen Sklaven ihre Stätten als Hof geöffnet, ein Unfand, der die Sklaverei in einem selbst geistlichen Orden bedenklich erscheinen lassen förderte; sie ist namentlich auch dem Sklavenhandel entgegengetreten. Gerade auf geistlichen Herrschaften gingen die Leibeigenen am ehesten in landbesitzende Hörige über. Und wie die Kirche auch im Unteren von Anfang an den Menschen betonte, so die Lösung eines unfreien Vertriebenen ohne richterliches Urteil mit zwei Jahren Buße belegte, so hat sie auch das Los der Hörigen, die ja unter Umständen selbst in den geistlichen Stand treten konnten, zweifelslos am günstigsten gestaltet.

Höchst wichtig ist weiter die Wirklichkeit der Kirche in wirtschaftlicher Beziehung. Sie äußert sich vor allem in der wirtschaftlichen Vorherrschaft der Klöster. Ueberhaupt muß in erster Linie der Monach als Kulturträger für diese Periode, namentlich für das 9. und 10. Jahrhundert, bezeichnet werden. Von dem, was als römisches Kulturgut auf wirtschaftlichem Gebiet bezeichnet wurde, ist den Bewohnern des eigentlichen Deutschland das meiste erst durch die Klöster vermittelt worden.

Zunächst ist wesentlich ihnen, wie schon betont, die Rodung in großen Maßstabe, weit mehr als den weltlichen Herren, zu danken: sie war im früheren Mittelalter ihre wichtigste Kulturarbeit. Sie geschah durch Braten, Niederbrennen und Ausbrennen der Büsche, wie dies noch Ost- und Flurnamen andeuten. Als die irischen Missionare, die durch das Abendland als Träger einer eigenartigen Kultursphäre gegen, in den Westen und Süden Deutschlands kamen, war ihr erstes, den Wald um das zentral gelegene große Kreuz bei ihren bescheidenen Niederlassungen, deren Platz nur durch die Nähe von Wasser bedingt war, zu roden. Das

Resultat dieser Arbeit — die Fern unterzogen sich auch gern der schwierigen Aufgabe der Trockenlegung von Sümpfen — war in beiden jedenfalls eine Förderung der Kultur, und die zahlreichen, irischen Klostergründungen im Süden und Westen, St. Gallen vor allem, sind die Mittelpunkte derselben geworden.

Weit planvoller dann als die Fern gingen die Missionare der Angelsachsen vor, geschäftstüchtig und verwaltungsbegabt, voran der Organisationsgenosse Stiles, Bonifatius. Mittel- und Niederdeutschland, von den Helsen und Thüringern bis zu den Friesen, war das Gebiet, zum Teil ihnen hammerschwand, das sie nach der Regel Benediktis der Kultur öffneten. Diese Urbarmachung des Landes, wendete sich sicher unter Gefahren für Gesundheit und Leben unternommen, andererseits ist das direkte Motiv für Sanktionen an Klöster seitens der Großen, geht in 8. Jahrhundert und später zurück weiter: St. Gallen tauchte des öfteren bedauerte gegen unfruchtbarisierte Strände ein. Auch mächtige Kirchenfürsten haben die Rodung dauernd gefördert; namentlich entfaltete das neugegründete Bistum Bamberg in dieser Beziehung eine überaus erfolgreiche Tätigkeit.

Ins Großartige gingen sodann in späterer Zeit, um dies bereits hier im Zusammenhang zu erwähnen, die Leistungen zweier Orden, der Prämonstratenser und der Zisterzienser, namentlich auch in den seit dem 11. und 12. Jahrhundert neubesiedelten Gebieten. Die Zisterzienser haben die landwirtschaftliche und ökonomische Zeit der Klostergründungen und ihrer Anstaltungen mit Besiß gleichsam neu anzufangen lassen, weil sie bei ihren ausgesprochen wirtschaftlichen Zielen die Unterordnung der sonst dem geistlichen Grundbesitz nicht gerade hohen aufkommenden Landesherren fanden und geschickte Leute wurden. So haben sie durch Rodung, aber auch durch Entwässerung, durch Melioration gewaltige Strecken kultiviert. Von den Heimlanden aus, wo sie zuerst in Deutschland ihren Fuß faßten, breiteten sich ihre Klöster nach Thüringen und dem östlichen Mitteldeutschland und weiter in den Nordosten bis Ostpreußen bis Danzig aus, nur für die slavischen Gegenden Träger deutscher wirtschaftlicher Kultur. Daß die Zisterzienser wirtschaftliche Arbeit zum Mittelpunkt ihrer Tätigkeit machten, zeigt der Spott der ostpreussischen Kuruzen über ihr Graben, Roden und Mistfahren, zeigt das Zurücktreten der weltlichen Tätigkeiten bei ihnen und ihre Verwendung zu wirtschaftlichen Aufgaben an fruchtlichen Höfen. Zeigen auch ihre Klosteranlagen, die im Gegensatz zu den einheimischen, möglichst abnamentlich hochgelegenen Benediktinerklöstern sich vornehmlich in geschick-

ten Tälern mit gutem Boden und Wasser erhoben, und in denen die wirtschaftlichen Gebäude oft die Hauptursache waren.

Ebenso wichtig wie die Rodungsarbeit der Klöster und Mönche für die deutsche Wirtschaft überhaupt wurde die Art und Weise ihres Betriebes und die systematische Organisation derselben. Unterschiedliche Bestanden natürlich je nach dem Umfang ihres Besitzes, der Zahl ihrer Ansassen, die in den größeren Klöstern unter den Cözenskältern in der Regel dem Hundert nahelam, aber auch bis auf zweihundert stieg, nach der Menge der Zinspflichtigen, Rechte und Leibeigenen (namentlich gefangener Sklaven). Denn wie schon die Rodung, wenn auch oft von den Mönchen selbst, so später doch in der Regel vorwiegend von dienstbaren Holzarbeitern unter der Leitung jener durchgeführt wurde, so wirtschaftliche das große Kloster auch sonst durchaus als Grundherrschafft. Die größeren besaßen eine ausgedehnte und systematische Gutswirtschaft, daß sie den Durchschnitt der weltlichen Grundherren weit übertrafen, eine Wirtschaft, die nur auf der organisierten Arbeit zahlreicher abhängiger Leute der äußeren Klosterfamilie basieren konnte. Aber dabei blieben die Mönche, die zum Teil sich dafür außerordentlich geschickt erwiesen, doch die sachverständigen Leiter des Ganzen wie aller einzelnen Zweige; wie in jeder gemeinsamen Verwaltung waren die Revisor verteilt, und überall konnte der für eine bestimmte Tätigkeit Geeignete ausgewählt werden. Diese Gutswirtschaft zeigte ihre Ueberlegenheit nun weiter durch jene, wenn auch beschränkte Pflege älterer höherer Traditionen, die man aber auch zum Teil durch Studium antiker Autoren direkt wieder aufnahm. Wirtschaftlich weltliche Einrichtungen wurden auch durch fremde zuwandernde Mönche oder als Frucht der oft weiten Reisen, welche die Brüder selbst unternahmen, übertragen.

So muß man sich ein größeres Kloster des früheren Mittelalters als ein Zentrum vielseitiger wirtschaftlicher, auch gewerblicher Arbeit vorstellen. Neben den Gefächten und Einrichtungen für den landwirtschaftlichen Betrieb fanden sich Wassermühlen, Brauhäuser, Keltereien, Backhäuser, Arbeitshäuser für die Handwerker, Schmiede, Gerber, Sattler usw., selbst Einrichtungen für Glasfabrikation. Der Salzgewinnung, über die uns namentlich Urkunden des Salzburger Bischofsklosters bezüglich Reichenhalls unterrichten, wandte man besondere Aufmerksamkeit zu, und oft vernehmen wir auch von Seifen der Klöster. Sie trieben, wo es anging, Bergbau; sie bauten Brücken, ja, sie versuchten sich an größeren Wasserleitungen.